



Budgetrede zum Voranschlag 2019
NEOS-Gemeinderat Niko Swatek am 13.12.2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
werte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne.

Zum zweiten Mal darf ich in diesem Haus ans Pult herantreten, um hier über einen Schwarz-Blauen Jahresvoranschlag zu debattieren. Dabei stellt auch dieses Budget wieder die Rahmenbedingungen für das politische Handeln im kommenden Jahr für unsere Stadt dar. Umso mehr war ich, trotz teurer Inserate und viel Inszenierung, über das schlussendliche Ergebnis des Budgets enttäuscht. Die Schwarz-Blaue Koalition setzt den Weg den sie 2017 begonnen hat, wenig überraschend fort. Ich habe daher überlegt an dieser Stelle dieselbe Budgetrede zu halten, wie beim letzten Mal. Denn an meinen Kritikpunkten hat sich wenig bis nichts geändert. Die Gebühren für Müll und Kanal steigen ein weiteres Mal an und treffen Bürgerinnen und Bürger mit schwächeren Einkommen umso stärker. Die Ordnungswache darf sich seit 2017 über 800 Tausend Euro mehr Budget, eine Steigerung von fast 50%, freuen. Sicherer macht das unsere Stadt jedoch kein bisschen.

In diesem Budget wird daher wieder deutlich sichtbar, dass in der Schwarz-Blauen Koalition Prestigeprojekte und politische Denkmäler, aller Ordnungswache und Plabutschgondel, wichtiger sind, als die drängendsten Themen der Bürgerinnen und Bürger.

Ich hätte meine letzte Budgetrede daher getrost nochmal halten können. Dabei wäre sie allerdings zwei Punkten - jenen Punkte die in meinen Augen die wichtigsten Eckpfeiler eines Budgets darstellen und am ehrlichsten und offensten die politische Richtung einer Koalition offenbaren - nicht gerecht geworden.

Wer uns NEOS und mich kennt weiß, einer dieser Punkte ist die Bildungspolitik, die in diesem Haus nur noch aus Tarnen und Täuschen besteht und so eine Kürzung erlebt, sowie natürlich das Fortsetzen der stetigen Schuldenpolitik, die besonders unter dieser Regierung ein ungeheures Maß an Verantwortungslosigkeit angenommen hat.

Beginnen wir mit meinem Herzensthema der Bildungspolitik. Ein Gebiet in dem in den letzten Jahren durchaus Investitionen getätigt worden sind. Der Grund dafür ist klar. Bildungspolitik ist nicht nur die beste Sozialpolitik oder Integrationspolitik. Bildungspolitik ist vor allem der Schlüssel zur persönlichen Entfaltung. Eine Stadt die

in Bildung investiert, investiert damit unmittelbar auch in eine chancenreiche Zukunft. Dabei ist nicht nur eine chancenreiche Stadt gemeint, sondern auch chancenreiche Bürgerinnen und Bürger, die dank Bildung jenen Dingen nachgehen können, die für Sie selbst von unmittelbarer Bedeutung sind.

Die Wichtigkeit der Bildungspolitik für unsere Stadt ist dabei auch der Schwarz-Blauen Regierung bekannt. Doch statt wie in den letzten Jahren in Bildung zu investieren, wird diesmal massiv an der Bildung gespart. Investierte man von 2016 bis 2018 rund 30 Millionen Euro, sind es dieses Jahr nur noch 15,76 Millionen Euro. **Das Investitionsbudget für Bildung verringert sich also von 2018 auf 2019 um ganze 21 Millionen Euro.**

Das Kürzungen bei der Bildung nie gut ankommen, ist natürlich auf ÖVP und FPÖ bewusst. Daher begann für Schwarz-Blau das Täuschen und Tarnen um diese Kürzungen zu verschleiern. Bei der Pressekonferenz zum Budget und in großen Inseraten in den Grazer Wochenzeitungen kündigte man daher an über 50 Millionen Euro in den Schulausbau und in die IT-Infrastruktur an Schulen investieren zu wollen. Doch das schöne an einem Budget ist, dass Inszenierung und Täuschen und Tarnen hier nicht funktioniert, denn die Regierung muss ihre Politik, klar schwarz auf weiß verschriftlichen. Spielraum zur Debatte gibt es hier keine. Was nicht im Budget verschriftlicht ist, gibt es auch nicht. So sucht man die 50 Millionen Euro im Budget vergebens. Für die Schwarz-Blau Regierung stellte sich daher die Frage, wie sollte man nur von wirklich budgetieren 15 Millionen Euro auf über 50 Millionen kommen? Schließlich fehlen zwischen 50 Millionen und 15 ja stolze 35 Millionen Euro.

Eine Investition in dieser Größenordnung ist in diesem Jahr einfach nicht mehr möglich. Denn selbst der gesamte Inhalt des Investitionstopf - für 2019 sind nur 29 Millionen Euro vorgesehen - würde für eine Investition von 50 Millionen Euro nicht reichen. Doch diese 29 Millionen Euro müssen auch noch für die gesamten restlichen, bis heute noch nicht budgetierten, Wünsche der Stadträte reichen. Da geht es unter anderem um den Bau der Plabutschgondel samt Erholungsgebiet, den Ankauf neuer Straßenbahngarnituren, das Wohnbauprogramm und und und. Ob die Investition in Bildung gegen eine Liste von Prestigeprojekten und politischen Denkmälern wie der Plabutschgondel wirklich den längeren zieht, ist fraglich. Fakt ist, auch mit dem Investitionstopf ist nicht genug Budget im Jahr 2019 da um Investitionen in Höhe von 50 Millionen Euro im Bildungsbereich zu tätigen. Das kann man auch nicht schön reden. Denn die Zahlen dafür liegen Schwarz auf Weiß im Budget auf, für jede Bürgerin und jeden Bürger ersichtlich, am leichtesten rauslesbar im Budget auf Seite 706, der Haushaltsanalyse.

Bei all diesen Bildungsinvestitionen redeten wir gerade wieder einmal nur von Schulen. Doch Bildung ist so viel mehr als Schulen! Bildung beginnt bereits mit frühkindlichen Bildungsangeboten. Eine Debatte die in Graz derzeit leider viel zu kurz kommt. Denn über Bildungseinrichtungen für 0-6 Jährige diskutieren wir hier kaum. Dabei ist allseits bekannt, dass jeder Euro der frühzeitig in Kinder investiert wird, einen weit größeren Einfluss aufweist, als ein Euro im späteren Alter. Doch gerade bei den 0-3 Jährigen erfüllen wir in Graz gerade einmal die Mindestvorgaben der Europäischen Union, mit einem Versorgungsgrad von 33%. Eine Vorgabe die eingeführt wurde, um vor allem stark konservative Länder endlich dazu zu bringen, in frühkindliche Bildung zu investieren um so aktive Bildungs- aber vor allem auch Familienpolitik zu leisten und so die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken. Doch für eine verantwortungsvolle Familien- und Bildungspolitik dürfen wir uns nicht länger an Mindeststandards orientieren, sondern Kind und Eltern ein breites Angebot bieten. Dafür müssen wir endlich auch in den Ausbau frühkindlicher Betreuungseinrichtungen investieren. So wie in Wien, wo man bereits einen Versorgungsgrad von 45% bei 0-3 Jährigen aufweisen kann.

Abschließend möchte ich noch auf die fatale Schuldenpolitik in diesem Haus eingehen. Seit der ersten Angelobung Bürgermeister Nagls ist hier leider nur ein Trend erkennbar. Neue Schulden. Unter Schwarz-Blau wird dieser Trend nun noch weiter verstärkt. Bis zum Ende dieser Gemeinderatsperiode steigt der Schuldenstand unserer Stadt auf 1.6 Milliarden Euro. Unter der Schwarz-Blauen Regierung stieg der Schuldenstand damit um 500 Millionen Euro, oder anders gesagt um unglaubliche 42%! Mit seiner stetigen Schuldenpolitik hängt Bürgermeister Nagl unseren Kindern und der nächsten Generation einen Schuldenrucksack um, den sie ihr ganzes Leben lang abarbeiten müssen. Diese Art der Politik auf Kosten der Jungen ist unverantwortlich. Und das in einer Phase der Hochkonjunktur, wo es ein Gebot der Stunde wäre, Schulden zurück zu zahlen! Die Stadt nimmt sich damit Spielraum für wichtige Investitionen in der Zukunft. Denn die Konjunkturprognosen der nächsten Jahre sehen nicht mehr ganz so rosig aus. Und das man nicht in Saus und Braus leben kann, wenn einem bewusst ist, dass finanziell anspruchsvolle Zeiten auf einen zukommen, sollte einem eigentlich der Hausverstand sagen.

Doch leider handeln Politiker mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und nicht mit ihrem eigenen. Auch wenn es für Sie Herr Bürgermeister, Herr Vizebürgermeister, aber auch für Sie Herr Finanzstadtrat Riegler, eine verantwortungsvolle Aufgabe ist, ein Budget zu erstellen, so trifft Sie nach dem Ende ihrer politischen Funktionen keinerlei Verantwortung mehr, wenn dies nicht geglückt ist. Denn eine Haftung für Politiker gibt es nicht.

Kürzungen bei der Bildung - 21 Millionen Euro weniger als im Vorjahr - und 500 Millionen Euro neue Schulden, die die nächsten Generationen für uns stemmen müssen. Von einem verantwortungsvollen Budget kann hier leider nicht die Rede sein.